



Protokoll der 37. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. November 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstr. 31»

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Eugster Eva (FDP), Gafner Richard (FDP), Heinzelmann Lukas (SVP), Niederhauser Sonja (EVP) und Schäfli Patrick (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 23.08.2023 und 27.09.2023 <i>://: Die Protokolle vom 23.08.2023 und 27.09.2023 werden einstimmig genehmigt.</i>	
2. Ersatzwahl in einwohnerrätliche Kommission <i>://: Einstimmige Wahl von Patrick Schäfli (SVP) als FIKO-Mitglied.</i>	2023-200
3. Polizeireglement (ESL 700.1): Teilrevision betreffend § 23 Bettelverbot; Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) <i>://: Mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird in der Schlussabstimmung die Teilrevision des Polizeireglements mit den zuvor beschlossenen Änderungen genehmigt.</i> <i>://: Einstimmig wird der Entscheid über die Inkraftsetzung der beschlossenen Änderungen an den Stadtrat delegiert.</i>	2021-75 2021-75a
4. Pflichtparkplätze – Postulat «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Pflichtparkplätze» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i>	2023-186
5. Zwischenbericht II des Stadtrats zu den Vorstössen	2022-115a
• «Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion	2018/121b
• «Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion	2019/150b
• «Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion	2021-72b
• «Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion <i>://: Der zweite stadträtliche Zwischenbericht wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>	2021-73b

6. Fragestunde -
Vom Stadtrat werden 10 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet.
7. Mobiles Grün – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mobiles Grün für Liestal» von Sibylle Schenker und Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion 2023-165
2023-165a
*://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2023-165 wird mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.*
8. Solarstrompotenzial – Postulat «Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen» von Anita Baumgartner namens der Grünen Fraktion 2023-192
://: Mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.
9. Fenster für Ukraine – Interpellation «Fenster für die Ukraine. Liestal unterstützt diese Initiative» von Simone Burkhardt der Grünen Fraktion 2023-194
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
10. Sicherheit Schulkinder auf Sichertstrasse – Postulat «Mehr Sicherheit für Schulkinder auf der Sichertstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion 2023-195
://: Das Postulat wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.
11. Wahlinformation – Postulat «Optimierte Wahl-Information für Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion 2023-196
://: Mit 7 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Ratssitzung willkommen. Ganz speziell willkommen geheissen wird Herr Roman Oberli als Einwohnerratspräsident von Binningen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert über folgende Punkte:

- Sie ist am 13. Oktober 2023 vom Nationalratspräsidenten im Zusammenhang mit dem Anlass «150 Jahre Bundesverfassung» ins Bundeshaus eingeladen worden. Sie durfte ein Liestaler-Wappen in Empfang nehmen und für dieses muss nun noch ein geeigneter Platz gesucht werden.
- Am letzten Sonntag ist nach einem intensiven Abstimmungskampf über die beiden Abstimmungen «Am Orisbach abgestimmt worden. Das Abstimmungsergebnis ist knapp ausgefallen: 53 % hatten sich für den Quartierplan «Am Orisbach» ausgesprochen und 54 % hatten dem Baukredit für den Stadtpark zugestimmt. Diese Zahlen entsprechen nicht dem Stimmverhältnis bei den Einwohnerratsentscheiden und so stellt sich die Frage, wie der Einwohnerrat den Puls und die Anliegen der Einwohner noch genauer aufnehmen könnte. Die Mehrheit hier im Einwohnerrat ist natürlich erfreut über das Abstimmungsergebnis, jedoch nicht alle Liestalerinnen und Liestaler. Es gilt nun jetzt für uns alle, die Wogen wieder zu glätten, damit wir uns wieder vorwurfsfrei begegnen können. Zudem ist der Einwohnerrat aufgefordert, die Anliegen der Minderheit einfließen zu lassen, wie dies vom Pro Komitee empfohlen wurde. Sie wünscht sich für Liestal, dass sich die Stimmung wieder entspannt und dass ein respektvolles Miteinander die Zukunft von Liestal tragen wird.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen. Nach der Pause findet die Fragestunde statt.
- Änderungsanträge zum Polizei-Reglement möchte man bitte schriftlich und ausformuliert mit dem rosaroten Antragsformular abgeben.
- Die Entscheide des Ratsbüros vom 16.11.2023 betreffend dem Sicherheitskonzept für die Einwohnerratssitzungen im neuen Regierungsgebäude, der Überweisung des Budget 2024 (Nr. 2023-197) sowie des Entwicklungs- und Finanzplanes 2024-2028 (Nr. 2023-198) an die vorberatenden Kommissionen usw. können im Protokoll nachgelesen werden, welches ja neu allen Ratsmitgliedern zugestellt wird.
- Im Anschluss an die heutige Ratssitzung wird für den Einwohnerrat eine Führung im Dichter- und Stadtmuseum (DISTL) mit anschliessendem Apéro organisiert, weshalb auch keine Restaurant-Empfehlung abgegeben wird. Die Beteiligung wird nach der Pause erhoben.
- Nach der Einwohnerratssitzung vom 20.12.2023 wird im Rathaus ein Apéro offeriert. Das Jahresschlusssessen vom 31. Januar 2024 ist vom Büro abgesagt worden und neu wird anstelle der bisherigen Weihnachts- bzw. Neujahressessen jeweils ein Apéro riche nach der Budget-Sitzung organisiert.

Neue persönliche Vorstösse

- Sportanlagen-Benützung – Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion (Nr. 2023-199)
- Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum – Interpellation zur Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-202)
- Querungsmöglichkeiten Gitterli-Schwimmbad – Interpellation «UNSER LIESTAL - Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr beim Schwimmbad Gitterli» von Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2023-203)

Stimmzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------|---|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (GLP/EVP/Die Mitte + Präsidium) |
| - Philipp Franke (GL) | Seite C (FDP, SVP) |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert mittels Powerpoint-Präsentation über die SBB-Baustellen: Der Info-Apéro vom 17.11.2023 ist recht gut besucht worden. Abmachungsgemäss wird sie nur noch über Wichtiges und Neues berichten. Aktuell werden die Stahlträger für die Orissteg montiert. Im Frühling 2024 werden der Orissteg und der Schwiersteg in Betrieb genommen. Der Rohbau für die Velostation ist erstellt. Der Stadtrat überprüft aktuell die Innenausstattung für die Velostation auf der Basis eines Betriebskonzeptes. Die Bedürfnisse rund um das Velofahren haben sich in den letzten Jahren verändert und so sind die speziellen Bedürfnisse wie die Abstellplätze für die E-Bikes usw. genau abzuklären. Der Kran in der Tiergartenstrasse ist auf einem Portal aufgestellt worden. Ein grosser Streitpunkt ist aktuell der Einbahnverkehr rund um das künftige Parkhaus, denn der Rückstau an Autos führt zu gefährlichen Situationen. Die Thematik der diesbezüglichen Lichtsignalanlage ist von der Stadt Liestal bei den SBB-Verantwortlichen platziert worden. Die Passerelle Schwieri kann ab 15. Dezember 2023 in Betrieb genommen werden. Vorerst steht städtl.seitig nur die Treppe zur Verfügung, die Rampe wird erst im Sommer 2024 zur Verfügung stehen. Aktuell sind auch die Abschlussarbeiten beim Gleis 2 in Gange und dieses Perron sollte ebenfalls ab 15. Dezember 2023 in Betrieb genommen werden können.

Stadtrat Lukas Felix möchte über die stadträtlichen Beweggründe für die Veränderungen bei den Kindergärten Schwieri, Rotacker und Oris informieren. Er kann nachvollziehen, dass der Einwohnerrat irritiert über die Kommunikation aus seinem Bereich war. Er betont hier jedoch, dass von Seiten Stadt alle involvierten Stellen immer zum korrekten Zeitpunkt informiert wurden. Die Misskommunikation ist dadurch entstanden, dass vertrauliche Informationen nach Aussen getragen wurden. Die Lehrpersonen, welche dadurch betroffen waren, sind als erstes informiert worden. Ebenfalls informiert wurde der Stadtrat und als wichtige Partei der Schulrat. Eine Information an der Einwohnerratssitzung im Oktober war nicht möglich, da diese schlichtweg abgesagt und nicht stattgefunden hatte. Am Anfang steht der Bedarf der Schule. Beim Schulhaus Rotacker sind zu wenige Kindergartenplätze und im Kindergarten Schwieri zu viele Plätze vorhanden. Haupttreiber der Diskussion sind dabei die Schulwege und diverse Einsprachen gegen Klasseneinteilungen. Daneben sieht die Schulraumstrategie des Stadtrates auch aus organisatorischen und pädagogischen Aspekten vor, die Kindergärten wenn immer möglich direkt in die Schulareale zu integrieren. Dies hat verschiedene Vorteile wie eine gemeinsame Nutzung der Infrastruktur, schulergänzende Betreuungsangebote usw. Es gibt drei Kindergärten in unmittelbarer Nähe, wo eigentlich aber nur noch einer benötigt wird. Es scheint sinnvoll, sich Gedanken zu machen, wie diese Flächen optimal genutzt werden können. Es besteht die Idee von einem «Begegnungszentrum für Familien» bzw. einem «Treffpunkt für Familien» - der Name steht noch offen. In diesem Begegnungszentrum sollen neben der frühen Sprachförderung, also das Nachfolgemodell unserer Sprachlerngruppen, die Mütter- und Väterberatung, Angebote des Roten Kreuzes usw. stattfinden. Was alles in diesem Gebäude sein soll, wäre dann noch zu konkretisieren. Die genauen Inhalte des Konzepts auszuführen, würde heute den Rahmen sprengen. Er freue sich auf die Diskussionen dazu im Rahmen des Entwicklungsplanes in der SBK. Dies wird der richtige Ort dafür sein, wo die genaue Umsetzung besprochen werden kann. In kleinen Schritten wird auf das Ziel hingearbeitet. An diesem Ort kann etwas tolles entstehen, wenn gemeinsam am Ziel der Verbesserung der Lebensqualität in Liestal gearbeitet wird.

Stadtrat Daniel Muri verweist auf die heute verschickte Medienmitteilung betreffend der Errichtung eines Portalkranes in der Freihofgasse für den Umbau des Restaurant Schützenstube. Mit dieser Lösung kann die Rathausstrasse sowie die Mühlegasse freigespielt werden und auch die Durchführung des Weihnachtsmarktes, des Chienbäse usw. sind davon nicht tangiert. Der Kran wird bis ca. Ende Mai 2024 dort stehen. Die Umbauarbeiten beim Restaurant Schützenstube sollten Ende 2024 oder anfangs 2025 abgeschlossen sein.

Stadträtin Pascale Meschberger informiert darüber, dass mit der Medienmitteilung sowie einem Bericht im Liestal aktuell vom 9. November 2023 ausführlich über den Kampagnenstart bezüglich dem Anti-Littering sowie dem Gewässerschutz informiert wurde. Es werden noch Flyer verteilt, Plakate aufgehängt und auch noch Dösli verteilt, in welchen die Zigarettenstummel sowie Kaugummis aufbewahrt werden können. Mit den verschiedenen Massnahmen soll das Littering eingedämmt werden. Nach dieser Präventions- und Sensibilisierungsaktion wird dann noch repressiv vorgegangen, indem dann gegebenenfalls gar noch Bussen verteilt werden.

Stadträtin Pascale Meschberger stellt fest, dass man in den Medien hören und lesen konnte, dass Liestal und Allschwil als Projektgemeinden unseres Kantons für die Cannabis-Studie ausgewählt wurde. Der Start in Liestal sollte im Jahr 2024 erfolgen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen abgegeben.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Sitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 8. November 2023 beschlossen.

304 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 23.08.2023 und 27.09.2023

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind und das Büro die Genehmigung der beiden Protokolle vom 23. August 2023 und 27. September 2023 beantragt.

Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 23. August 2023 und 27. September 2023 werden einstimmig genehmigt.

305 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahl in einwohnerrätliche Kommission (Nr. 2023-200)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen gewählt wird und zu diesem Wahlgeschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wird einstimmig Ratsmitglied Patrick Schäfli (SVP) anstelle von Hanspeter Meyer (SVP) als Mitglied der Finanzkommission (FIKO) gewählt.

306 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Polizeireglement (ESL 700.1): Teilrevision betreffend § 23 Bettelverbot; Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (Nr. 2021-75)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt als Präsident der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2021-75a vor: Er hofft, dass mit dem vorliegenden GOR-Bericht ein letztes Mal hier im Rat über das Bettelverbot diskutiert werden muss. Die GOR hatte sich nochmals intensiv mit diesem Thema befasst und beantragt, dass die reglementarische Bestimmung im Polizeireglement aufgehoben und der Titel von § 23 von «Betteln» auf «Sammeln von Geld» geändert wird. Gemäss Bericht und Antrag der Spezialkommission Polizeireglement vom 5. Januar 2021 hatte der Einwohnerrat die Bettelverbot-Bestimmung in das Polizeireglement aufgenommen, was auch einem damaligen Bundesgerichtsentscheid entsprochen hatte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte dann aber 7 Jahre später diesen Bundesgerichtsentscheid aufgehoben und so hatte der Regierungsrat Basel-Landschaft den § 23 Abs. 1 und 2 betreffend dem Bettelverbot im Liestaler-Reglement nicht genehmigt. In der Folge hatte dann der Stadtrat mit der Vorlage Nr. 2021/75 eine neue Vorlage für eine Teilrevision ausgearbeitet. Die GOR-Beratung wurde dann unterbrochen und der Entscheid des Kantons Basel-Stadt abgewartet. Basel hatte das Betteln nicht komplett verboten, aber dies eigentlich überall dort verboten, wo es Leute hat, möchte man dies etwas salopp interpretieren. Das Bundesgericht hat die Bestimmungen von Basel im Wesentlichen geschützt, aber doch ein paar Korrekturen vorgenommen. Schon bei der Beratung und Beschlussfassung im 2021 hatte man festgestellt, dass wir in Liestal nicht unbedingt ein Bettel-Problem haben, sondern dass es gewisse Auswüchse von Gruppierungen gibt, die Liestal gezielt kurz besuchen und sich dann sehr aufsässig verhalten. Liestal wehrt sich deshalb gegen das organisierte und bandenmässige Betteln, was allerdings sehr schwer zu beweisen ist. Gemäss Bundesgerichtsentscheid ist das Betteln nicht per se verboten, sondern darf höchstens eingegrenzt werden. Es dürfen auch keine Bussen ausgesprochen werden. Allerdings ist es so, dass bettelnde Ausländer die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen und somit aus der Schweiz ausgewiesen werden könnten, da sie nicht über genügend finanzielle Mittel verfügen, denn ansonsten müssten sie ja nicht betteln. Das heisst, dass Ausländern das Betteln nicht verboten werden darf, doch kann man ihnen die Einreise in die Schweiz verbieten. Die GOR ist deshalb der Meinung, dass es keiner weiteren expliziten Regelung des Bettelns im Polizeireglement mehr bedarf. Somit ist das Betteln für Schweizer oder für Ausländer mit genügend finanziellen Mitteln grundsätzlich erlaubt, was natürlich hinsichtlich der Ausländer-Bestimmung etwas paradox ist. Die neue Regelung sollte nun verhalten und in § 23 ist nur noch das Sammeln von Geld geregelt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) bittet den Stadtrat, sich zu den Änderungsanträgen der GOR zu äussern.

Stadträtin Pascale Meschberger (SP) dankt der GOR für die Vorprüfung sowie Berichterstattung und dem Kommissionspräsidenten für seine detaillierten Ausführungen. Der Stadtrat hält nicht an seinem ursprünglichen Antrag fest und kann sich mit den GOR-Anträgen und den vorgeschlagenen Lösungen einverstanden erklären.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die Detailberatung gemäss den Änderungsanträgen der GOR erfolgt. Sie ersucht die Fraktionen um ihre Stellungnahmen und bittet darum, allfällige Änderungsanträge erst bei der anschliessenden Detailberatung zu stellen.

Florian Sennhauser (FDP) berichtet als Sprecher der FDP-Fraktion, dass man erfreut vom GOR-Lösungsvorschlag Kenntnis genommen habe, mit welcher doch die gewünschte Wirkung erzielt werden kann. Um Geld bettelnde ausländische Staatsangehörige erfüllen das Aufenthaltsrecht nicht, wenn sie für den Aufenthalt nicht über die notwendigen Mittel verfügen. Aufgrund der Arbeit der GOR können wir jetzt auch über eine Möglichkeit abstimmen, bei welcher Liestal die Möglichkeit hat, störendes und aufdringliches Verhalten von Bettlerinnen und Bettlern mit schweizerischer Staatsangehörigkeit zu unterbinden, was mit § 14 des Polizeireglementes begründet werden kann. Seine Fraktion ist froh darüber, dass man im Reglement nicht vertieft geregelt hat, was nun erlaubt ist und was nicht. Auch eine Redundanz mit anderen Gesetzen wäre unsinnig. Es wird begrüsst, dass mit der offenen Gestaltung des Polizeireglementes der Stadt die Möglichkeit gegeben wird, jede Situation verhältnismässig einschätzen und allfällige Massnahmen ergreifen zu können. Den beiden GOR-Anträgen wird seine Fraktion zustimmen.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man sich dem Votum des Vorredners anschliessen kann und die GOR-Anträge ebenfalls unterstützen wird.

Bernhard Bonjour (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass auch seine Fraktion den GOR-Anträgen zustimmt. Es war klar, dass der frühere Beschluss bezüglich dem generellen absoluten Bettelverbot widerrechtlich ist und korrigiert werden muss. Seine Fraktion hatte diesen Entscheid auch inhaltlich nicht zustimmen können, denn Betteln ist ja an und für sich noch nicht verwerflich. Betteln ist etwas Unangenehmes, da es auf eine Not oder einen Missstand hinweist. Aber «Aus den Augen, aus dem Sinn» ist keine Haltung, welche ein Gemeinwesen einnehmen kann. Im GOR-Bericht ist auch die Minderheitsmeinung erwähnt, dass die Legislative mit einem Reglement auch der Exekutive den Rahmen vorgeben soll. Dies wollte die GOR nicht tun und so ist es der Exekutive überlassen, wie sie die Gesetzgebungen auslegt, womit seine Fraktion auch leben kann. Dies, weil von den Behörden zugesichert wurde, dass nur dann etwas unternommen wird, wenn der Fall von einem systematischen und vermutlich organisierten Betteln unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vorliegt. Gegen das spontane und gelegentliche Betteln soll nichts unternommen werden und mit dieser Praxis kann sich auch seine Fraktion einverstanden erklären.

Domenic Schneider (GLP) bemerkt als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass Menschen in Situationen kommen können, in welcher sie auf die Unterstützung anderer Mitmenschen angewiesen sind. So ist er gestern in Solothurn von einem freundlichen Mann um einen Franken gebeten worden. Dieser hatte sich gefreut und sich dafür bedankt, als er ihm einen Fünfliber gegeben hatte. In Liestal ist es ihm hingegen schon passiert, dass er von derselben Person wiederholt und aufdringlich angesprochen wurde und eine solche Bettlerei nervt wohl nicht nur ihn. Auch seine Fraktion ist froh über den Vorschlag der GOR und wird den Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (GLP) hofft als Einzelsprecherin, dass die Musikanten-Gruppen nicht der Bettlerei bezichtigt und weggewiesen werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) eröffnet die Detailberatung und übergibt dazu die Sitzungsleitung dem Vizepräsidenten Daniel Schwörer (FDP), da dieser sich in der Gesetzeslandschaft besser als sie auskennt.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass er bei der Detailberatung nach den vorgeschlagenen GOR-Reglementsänderungen gemäss Seite 5 der ER-Vorlage Nr. 2021-75a vorgehen wird.

Er kann nach erfolgten Umfragen feststellen, dass zu den drei vorgeschlagenen Änderungen keine Wortbegehren angemeldet werden.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) informiert, dass er nun in der Schlussabstimmung über die beiden GOR-Anträge gemäss Seite 6 der ER-Vorlage Nr. 2021-75a abstimmen lässt.

- ://: Der Einwohnerrat stimmt der Teilrevision des Polizeireglements mit den von der GOR vorgeschlagenen Änderungen mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
- ://: Der Einwohnerrat delegiert den Entscheid über die Inkraftsetzung der beschlossenen Änderungen einstimmig an den Stadtrat.

307 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Pflichtparkplätze – Postulat «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Parkplätze» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2023-186)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass das Geschäft an der letzten Ratssitzung auf Wunsch der Postulantin von der Traktandenliste abgesetzt wurde.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Natalie Oberholzer (GL) führt als Postulantin aus, dass die Gemeinden seit der Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes per 1. Februar 2023 ihre Bestimmungen bezüglich den Pflichtparkplätzen lockern und mit einer Reglementsanpassung neu regeln können. Dieser Spielraum für mehr Gemeindeautonomie sollte doch genutzt und die Anzahl der erforderlichen Pflichtparkplätze reduziert werden. Eine Reduktion der Pflichtparkplätze hätte viele Vorteile. So könnten Bauherrschaften sowie Hausbesitzer selbst entscheiden, ob sie den Aussenraum für Parkplätze oder für Grünflächen gestalten möchten. Private sollen nicht gezwungen werden, unnötige Parkplätze zu bauen, wenn sie beispielsweise gar kein Auto besitzen. Die Reduktion der Parkplätze könnte somit auch zu tieferen Baukosten und folglich tieferen Mietkosten führen. Gerade in Liestal ist der Motorisierungsgrad im Vergleich mit umliegenden Gemeinden relativ tief, so kommen auf 1'000 Einwohner rund 500 Personenwagen und in Hersberg sind es 750 Personenwagen. Es macht keinen Sinn, Bauherrschaften unnötige Pflichtparkplätze aufzuknurren, was dann leere asphaltierte Parkplätze und leere Einstellhallen zur Folge hätte. Sie ärgert sich nach bald 20 Jahren immer noch, dass in ihrer Siedlung mit 13 Parteien eine überdimensionierte Tiefgarage gebaut werden musste, obwohl 5 Parteien überhaupt kein Auto haben. Mit einer reduzierten Anzahl an Parkplätzen hätten Baukosten gespart werden können und die Hausbesitzer müssten sich nicht über einen ausgedörrten Rasen auf einer nur 30 cm hohen Bodenschicht über der Einstellhalle ärgern, sondern könnten heute im Sommer im Schatten von grossen Bäumen sitzen. Klar ist, dass weniger Pflichtparkplätze nicht dazu führen dürfen, dass Autos dann einfach im öffentlichen Raum abgestellt werden. Dies müsste mit flankierenden Massnahmen verhindert werden. Mögliche Anforderungen an die Fahrrad-Abstellplätze, welche im Postulat ebenfalls erwähnt sind, könnten solche Massnahmen sein. Denn stehen genügend Velos und E-Bikes vor der Haustüre, würden Anreize für ein Leben ohne eigenes Auto geschaffen. Denn braucht es doch einmal ein Auto, kann ja auf Carsharing zurückgegriffen werden, was ja immer beliebter wird. Die Gefahr, dass mit einer Reduktion der Pflichtparkplätze der Druck auf die öffentlichen Parkplätze steigt, wird bei genügend guten flankierenden Massnahmen als sehr gering beurteilt. Die Grüne Fraktion dankt dem Stadtrat für die Zusage, das Postulat prüfen zu wollen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) erklärt als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass seine Fraktion mehrheitlich die Postulatsüberweisung unterstützen wird, jedoch nur wegen den letzten vier fettgedruckten Zeilen des Vorstosses. Der restliche Teil des Postulates mit Motionscharakter und konkreten Muss-Forderungen wird von keiner Fraktionsmehrheit unterstützt. Die Reduktion der Pflichtparkplätze soll vom Stadtrat nach der Überweisung unvoreingenommen angeschaut werden. Dabei soll der effektive Parkplatzbedarf mitberücksichtigt werden, denn es gibt in Liestal bestimmte Zonen, in welchen die Pflichtparkplatz-Anzahl sehr stark reduziert werden könnte und in anderen Ortsgebieten ist dies halt wohl eher nicht möglich, da diese schlechter mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Sollte Potenzial vorhanden sein, könnten vom Stadtrat die entsprechenden Schritte bezüglich der Anpassung reglementarischer Bestimmungen eingeleitet werden. Dabei müsste sicher auch beachtet werden, dass aktuell das Ersatzabgabereglement Abstellplätze bzw. die Vorlage Nr. 2023-178 aktuell in der GOR vorberaten wird.

Thomas Eugster (FDP) informiert, auch die FDP-Fraktion habe das Postulat eingehend diskutiert und schlussendlich dessen Ablehnung beschlossen. Seine Fraktion möchte einfache schlanke Gesetze sowie möglichst wenig Bürokratie. Und wenn man das Postulat liest, ist es voraussehbar, dass die Umsetzung zu einer deutlich komplizierteren Regelung führen würde. Der Kanton knüpft die Reduktion für Pflichtparkplätze über die kantonale Regelung an umfangreiche Massnahmen und diese Regelungen in einem Reglement dürften doch recht kompliziert werden. Andererseits kommt die heutige Regelung den Postulatsforderungen doch recht nahe, denn bereits heute kann die Anzahl an Pflichtparkplätzen im Rahmen von Quartierplanverfahren bis auf Null reduziert werden. Und für die normalen Bauzonen kann man ebenfalls bereits heute in der Abhängigkeit von der Erschliessungsgüte des öffentlichen Verkehrs die Zahl der Pflichtparkplätze reduzieren. Das Potenzial für weitere Ausnahmen für Bauten in Regelzonen dürfte deshalb relativ klein sein. Auch ist es so, dass die Anzahl der Motorfahrzeuge in unserem Kanton nach wie vor steigt. Mit dem Vorstoss wird zudem verlangt, dass mehr Fahrradabstellplätze realisiert werden sollen, was wiederum zusätzlicher Flächen bedarf. Das Vorhaben hat einen schlechten Kosten- und Nutzeneffekt haben, weshalb man das Postulat nicht unterstützen wird.

Markus Rudin (SVP) legt als SVP-Fraktionssprecher dar, dass die neue kantonale Verordnung recht flexibel ausgeschaffen ist und deshalb braucht es kommunal keine weiteren unnötigen Gesetze und Vorschriften. Auch sollen keine Kosten verursacht werden. Wie auch die Postulantin befürchtet auch seine Fraktion, dass Fahrzeuge dann auf öffentlichem Areal abgestellt werden und der Suchverkehr nach freien Parkplätzen zunimmt. Lockerungen sowie Veränderungen sind bereits mit der heutigen Gesetzgebung möglich und in Liestal ist der Quartierplan Ziegelhof ja bereits mit einer Reduktion von Pflichtparkplätzen bzw. Schaffung einer Einstellhalle für Besucherparkplätze umgesetzt worden, was ja doch recht gut funktioniert. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung nicht unterstützen.

Patrick Mägli (SP) äussert, die SP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Der Spielraum des kantonalen Rechts soll geprüft werden, denn vielleicht findet der Stadtrat eine einfache kommunale Lösung, welche auch eine Flexibilität in verschiedenen Gebieten von Liestal zulässt und die Anzahl an Pflichtparkplätzen reduziert werden kann. Es gibt bereits heute viele Leute in Liestal, welche auf ein eigenes Auto verzichten und dieser Bevölkerungsanteil dürfte auch künftig zunehmen.

Vreni Baumgartner (GL) nimmt als Einzelsprecherin Bezug auf die vorgängige Aussage des FDP-Fraktionssprechers betreffend möglichen Reduktionen bei Quartierplanungen, was ja durchaus gut funktionieren kann. Als Privatperson und Familie ohne Auto musste sie aber die Erfahrung machen, dass die Pflichtparkplätze von 1,3 Pflichtparkplätzen auf 1,03 Pflichtparkplätze reduziert werden konnte. Es hätten somit immer noch 2 Parkplätze realisiert werden sollen, was schlussendlich dann doch nicht mehr nötig war. Mit dem sparten Geld konnte eine neue Rampe erstellt werden, womit die Velos gleich beim Haus abgestellt werden können.

Daniel Jurt (SVP) berichtet, dass in seinem Wohnquartier der Druck auf Einstellhallen-Parkplätze doch sehr gross ist und die öffentlichen Parkplätze im Quartier sind belegt.

Natalie Oberholzer (GL) erklärt als Postulantin, dass sie mit der früheren Motion wesentlich höhere Forderungen gestellt hatte. Und so versteht sie es nicht ganz, dass die FDP ihren liberalen Vorschlag und Vorstoss nicht unterstützen wird. Die Reduktion bei privaten Bauten ist wohl möglich, doch in ihrem eigenen Fall bräuchte es immer noch 0,8 Parkplätze, was in ihrem persönlichen Bereich immer noch zu hoch ist. Ein weitere Reduktion wäre möglich, doch bedarf es dafür einer kommunalen neuen Regelung. Auch ist es so, dass nicht alle Autoeinstellhallen-Parkplätze wegen feuerpolizeilichen Vorschriften nicht für Velos genutzt werden dürfen.

Stadtrat Daniel Muri meint, dass man aufgrund der Debatte merkt, dass viele Argumente für und gegen das Postulat sprechen. Aus diesem Grund soll doch das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden, damit dieser weitere Abklärungen treffen sowie Fakten und Zahlen für die Entscheidungsfindung beschaffen kann.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-186 wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

308 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Zwischenbericht II des Stadtrats (Nr. 2022-115a) zu den Vorstößen

- **«Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/121)**
- **«Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2019/150)**
- **«Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-72)**
- **«Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-73)**

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Von der SP-Fraktion ist der schriftliche Ordnungsantrag eingegangen, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-115a an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird, wozu sich der Rat nun äussern möchte.

Peter Küng (SP) meint als SP-Fraktionssprecher und Antragsteller, dass der umfangreiche stadträtliche Zwischenbericht einer vertieften Betrachtung bedarf, weshalb er um die Unterstützung des Antrages für eine Vorberatung durch die BPK bittet. Es ist wichtig, dass das Parlament zum wichtigen Klima-Thema jetzt mit einbezogen wird.

Philipp Franke (GL) informiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass mit dem Zwischenbericht doch gleich vier Vorstösse thematisiert und Massnahmen vorgeschlagen werden, weshalb dieser an die BPK zur Vorberatung überwiesen werden soll. Langfristig gesehen ist seine Fraktion der Meinung, dass man eine Kommission bilden sollte, welche sich mit Nachhaltigkeits-Themen befasst. Den Überweisungsantrag wird man unterstützen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) meint als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass man mit dem Antrag der SP-Fraktion doch etwas überrumpelt wurde. Den Ordnungsantrag wird man aus formalen Gründen nicht unterstützen, handelt es sich doch lediglich um einen Zwischenbericht des Stadtrates und den parlamentarischen Weg braucht es nicht unbedingt. Zudem stellt sich die Frage, ob den die BPK die richtige Kommission ist, zumal diese ja aktuell mit genügend anderen Geschäften eingedeckt ist. Es hätte wohl eher eine Spezialkommission gebildet werden müssen, wenn man den stadträtlichen Zwischenbericht tatsächlich durch eine einwohnerrätliche Kommission vorberaten möchte.

Thomas Eugster (FDP) stimmt als FDP-Fraktionssprecher seinem Vorredner zu. Wenn man den Zwischenbericht gelesen hat, so dürfte der BPK-Anteil hinsichtlich baulichen Belangen doch sehr minim sein. Der Zwischenbericht soll heute im Einwohnerrat diskutiert werden und gegebenenfalls könnte dann der Schlussbericht an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden. Seine Fraktion wird den Überweisungsantrag nicht unterstützen.

Daniel Jurt (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man sich ebenfalls gegen eine Überweisung an die BPK ausspricht. Der Zwischenbericht soll heute diskutiert und dann über die beiden stadträtlichen Anträge abgestimmt werden.

Florian Sennhauser (FDP) meint als Einzelsprecher, das Wichtigste sei bereits vom Fraktionssprecher gesagt worden. Die Überweisung des stadträtlichen Schlussberichtes mit konkreten Massnahmen sowie Anträgen an eine Kommission macht ja gegebenenfalls doch mehr Sinn.

Bonjour Bernhard (SP) hält als Einzelsprecher fest, dass der Stadtrat nun in seinem zweiten Zwischenbericht zu vier Vorstössen Stellung nimmt, die teilweise bereits im Jahr 2018 überwiesen wurden. Im nun vorliegenden Bericht werden nun doch sehr konkrete Massnahmen vorgeschlagen, welche dann nicht erst nach Vorliegen des Schlussberichtes in ein paar Jahren diskutiert werden sollten. Es muss doch unser Anspruch sein, dass über einige Punkte bereits heute mitdiskutiert werden kann, wofür dann die Kommissionsberatung auch der richtige Ort wäre. Wir haben in letzter Zeit schon die Tendenz, dass wir gewisse Dinge nicht machen bzw. mitdiskutieren wollen. Er findet es sinnvoll, dass das Parlament bereits im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht mitdiskutiert und sich einbringt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, dass sich der Stadtrat zum Ordnungs- und Überweisungsantrag nicht äussern möchte. Zur Erläuterung möchte er ein paar Gedanken mitgeben. Beim Zwischenbericht handelt es sich um eine komplexe Materie und es stellt sich schon die Frage, ob bei einer heutigen Direktberatung sämtliche Themen sauber abgewickelt werden können. Es werden verschiedene Planungsthemen angesprochen und so wäre die BPK wohl schon die richtige Kommission für die Vorberatung. Viele Punkte und Erkenntnisse werden auch im Entwicklungs- und Finanzplan 2024-2028 thematisiert, welcher ja vom Büro an drei Kommissionen zur Vorberatung überwiesen wurde. Nicht übersehen werden sollte, dass vom Stadtrat noch ein Abschreibungsantrag betreffend dem Postulat Nr. 2021/72 «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» gestellt wurde.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Ordnungsantrag der SP-Fraktion wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen und der zweite stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-115a an die BPK zur Vorberatung überwiesen.

309 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Fragestunde

1. Frage / Benjamin Erni (EVP) – Elterntaxis bei den Schulen

Anfangs Schuljahr wurde bei den Schulen Präsenz bezüglich Elterntaxis gezeigt. Viele Eltern und Anwohner waren darüber erfreut.

Meine Frage dazu: Wurde die Aktion bereits evaluiert? Wie nachhaltig war das Präsenz zeigen und / oder wie könnte eine solche Aktion in Zukunft nachhaltiger gestaltet werden? Wird diese Aktion wiederholt ev. auch über das ganze Jahr verteilt?

Stadtrat Lukas Felix anstelle von Stadträtin Pascale Meschberger: Die Evaluation hat stattgefunden. Die Rückmeldung aus der Bevölkerung war sehr gut. Die Aktion wurde vielseitig begrüsst, zeigte jedoch nur kurze Zeit Wirkung. Bei gewissen Schulhäusern wie z.B. beim Rotacker wichen die Elterntaxis in die umliegenden Strassen aus. Im Moment wird evaluiert, welche weiteren Massnahmen getroffen werden könnten.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) macht darauf aufmerksam, dass gemäss Geschäftsreglement in der „Fragestunde“ die Fragesteller nach der stadträtlichen Beantwortung der eingereichten Frage bis zu zwei Zusatzfragen stellen zu dürfen.

2. Frage / Benjamin Erni (EVP) – Toilettensituation auf den Spielplätzen

Auf dem Langhagspielplatz steht testweise ein Kompotoi. Im Gespräch mit Anwohnern und Spielplatzbenutzern kam mir ein durchwegs positives Echo bezüglich des mobilen WCs auf den Spielplatz entgegen.

Meine Frage dazu: Wann wird oder wurde das Aufstellen des WC evaluiert? Zu welchem Schluss kommt die Stadt? Gibt es bereits Ideen, wo weitere solche WC's aufgestellt werden könnten?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Das WC ist nicht provisorisch aufgestellt, sondern für die Dauer vom April bis Oktober eingemietet worden. Die Kompotoi-Toilette wird im Frühjahr 2024 von der Vermieterin wieder gebracht und installiert. Bei der Evaluation spielen die Sauberkeit, der sorgfältige Umgang mit den Toiletten, die Reparaturbedürftigkeit usw. eine Rolle. Die ersten Rückmeldungen waren positiv. Das Aufstellen weiterer Kompotoi-Toiletten auf anderen Spielplätzen wird nächstes Jahr geprüft.

3. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Standplatz für Fahrende im Oskar Bider-Areal

Wie war die Frequenz diesen Sommer der Fahrenden und wie lange bleiben sie in der Regel? Wieso ist der Platz im Winter nicht geöffnet?

Stadtrat Lukas Felix anstelle von Stadträtin Pascale Meschberger: Beim besagten Platz handelt es sich um einen Durchgangsort und nicht um einen Standplatz. Gemäss Verordnung können die Fahrenden diesen während der Saison vom 1. April bis 31. Oktober für maximal einen Monat nutzen. Die Auslastung war auch in dieser Saison gut.

4. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Bepflanzung Trottoir Kasernenstrasse 9

Dieses Trottoir ist gemäss Auszug aus dem Geoinformationssystem in Privatbesitz. Da stehen vier grosse in die Jahre gekommene Blumentröge, entlang der Kasernenstrasse, zum Teil sind sie defekt. Nicht gerade ein schöner Anblick. Kann hier die Stadt etwas unternehmen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Das Geschäft ist zwischenzeitlich beim Stadtpräsidenten gelandet, da auf der Verwaltung diverse diesbezügliche Fragen aus der Bevölkerung eingegangen sind. Die fünf Töpfe gehören nicht der Stadt und stehen auf Grundstücken einer Privatperson sowie des Kantons. Deshalb können diese nicht einfach von der Stadt weggeräumt werden. Mit der Eigentümerin wurde schon mehrmals das Gespräch gesucht und dies wird man auch weiterhin tun. Und sollte die Abfuhr der Töpfe von der Eigentümerin nicht bewilligt werden, so müssen wir die Töpfe wohl oder übel noch weiterhin dulden.

5. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Parkleitsystem

Wir sind im 4. Quartal des Jahres: da sollte doch nun das Parkleitsystem in Liestal installiert werden, aber es ist noch nichts zu sehen. Wann wird das Parkleitsystem installiert werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Dies sollte bald einmal erfolgen. Das Hauptproblem liegt in den Anzeigetafeln-Standorten, die nicht vom Kanton und privaten Parteien zur Verfügung gestellt werden. Die Durchsetzung gestaltet sich schwierig und weitere Verhandlungen sind notwendig

Thomas Eugster (FDP) stellt die Zusatzfrage, bei wie vielen Standorten es sich um Grundstücke des Kantons handelt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Diese Frage kann sie so spontan nicht beantworten, doch die Antwort wird nachgeliefert.

6. Frage / Bernhard Bonjour (SP) – Sicherheit am Bahnhof während dem Bau

Von Frauen wird mir berichtet, dass sie sich unsicher fühlen, wenn sie abends die Unterführung beim Palazzo benutzen müssen. Bedrohlich wirkt vor allem der unübersichtliche provisorische Zick-Zack-Weg Richtung Palazzo mit den Plastikhüllen und der Säule mitten im Durchgang.

Ist der Stadtrat bereit, bei den SBB respektive den Bauplanern sofort sichtbare Massnahmen durchzusetzen, damit sich die Passantinnen und Passanten auch in Randzeiten sicher fühlen können? Ich denke etwa an Transparenz, Spiegel, Kameras, Alarmknöpfe. Gibt es jemanden, der dafür verantwortlich ist, auch bei allen weiteren bestehenden oder noch kommenden Wegen im und um den Bahnhof für spürbare Sicherheit zu sorgen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Änderung der Fussgängerwege führt zu Verunsicherungen. Einzelne Lampen haben nicht funktioniert, worauf die Stadt hingewiesen hatte. Mit den neuen Unterführungen zeigt sich eine Verbesserung. Beim Aufgang zum Palazzo besteht jedoch ein Engpass bei der Kurve, der sich nicht vermeiden lässt. Sobald das Gleis 2 fertig ist, wird dort eine bessere Übersichtlichkeit gegeben sein. Beim Gleis in Richtung Olten wird die Treppe bald zur Benutzung bereitstehen, doch das genaue Datum ist aktuell noch nicht bekannt. Das Anliegen wurde bei der SBB deponiert.

7. Frage / Bernhard Bonjour (SP) – Sicherheit am Bahnhof nach der Fertigstellung

Besteht ein Konzept der SBB und der Stadt, wie nach Abschluss der Bauarbeiten die öffentlichen Räume und Wege im und um den Bahnhof so gestaltet und eingerichtet werden, dass sich alle Passantinnen und Passanten jederzeit sicher fühlen können? Wird dieses Konzept unabhängigen Expertinnen zur Überprüfung vorgelegt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Für das Sicherheitskonzept zeichnet die SBB verantwortlich, wobei die Bestimmungen vom Bund einzuhalten sind. Die Stadt Liestal hat sich an den Kosten für eine sichere helle Unterführung beteiligt. Ob das Sicherheitskonzept durch unabhängige Experten geprüft wurde, bevor dieses vom Bund genehmigt wurde, entzieht sich unserer

Kenntnis. Es gibt schweizweite Standards mit hohem Anspruch an die Sicherheit. Die Problematik am Bahnhof sind die vielen Provisorien, bei welchen jeweils geschaut werden muss, ob Personen Angst haben oder nicht.

Bernhard Bonjour (SP) stellt die Zusatzfrage, ob denn die Planer und Fachleute auch über das nötige Verständnis verfügen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie nimmt das Anliegen auf und wird dies mit der SBB thematisieren. Im Vergleich zu den Unterführungen in Olten mit den fertiggestellten Unterführungen in Liestal ist das Sicherheitsgefühl hier in Liestal sicher besser.

8. Frage / Matthias Holinger (GL) – Kanonenschüsse am 4. Dezember

Am 4. Dezember werden wir voraussichtlich wie jedes Jahr in aller herrgotsfrühe von Kanonenschüssen geweckt. Dazu habe ich ein paar Frage:

- Was ist der genaue Hintergrund dieser Aktion?
- Wer ist verantwortlich dafür und wer bewilligt sie?
- Ist dies in Zeiten von Kriegen noch sinnvoll?
- Unter uns weilen etliche Menschen, welche von diesen Kriegen geflohen sind. Sind ihnen diese Kanonenschüsse zu zumuten?

Stadtrat Lukas Felix anstelle von Stadträtin Pascale Meschberger: Die Beantwortung der letzten beiden Fragen innerhalb einer «Fragestunde» ist wohl kaum möglich und dafür wäre ein Vorstoss wohl geeigneter. Bei den Kanonenschüssen vom 4. Dezember handelt es sich um das «Barbara-Schiessen», welche seit Mitte der 1930er-Jahre jährlich in Liestal stattfindet. Dieser Anlass wurde damals vom Artillerieverein Basel-Landschaft ins Leben gerufen. Damals wurden mit 26 Böllern den Kantonen sowie Halbkantonen ein Salut geschossen. Damit dieses nicht so laut wurde, ist dann eine Reduktion auf 13 Schüsse vorgenommen worden. Beim Barbara-Schiessen handelt es sich somit um eine 100-jährige Tradition, welche auch in § 15 vom Polizeireglement festgehalten wird.

9. Frage / Markus Hügin (SVP) – Sicherheit Veloparkplatz beim Rest. Törli, Fischmarkt 27

Beim Restaurant Törli im Fischmarkt besteht zwischen der Gartenwirtschaft und dem Autoparkplätze einen kleinen Veloparkplatz. Dieser wird nicht nur von Velos auch von Mofas benutzt.

Es kommt leider immer wieder vor, dass beim Rückwärtsfahren, um aus dem Parkplatz zu gelangen oder beim Parkieren die Velos touchiert werden und umfallen. Immer wieder gibt es Situationen, dass sie umfallenden Velos, Personen Treffen, die sich unmittelbar in der Gartenwirtschaft beim Veloparkplatz aufhalten.

Ist es nicht Möglich zwischen Veloparkplatz und den Autoparkplätzen ein Gitter oder auch nur ein Pfosten zu montieren und gleichzeitig den Veloparkplatz zu vergrössern um die Sicherheit der Gäste zu gewährleisten.

Beim Motorradparkplatz weiter unten im Fischmarkt 7 hat man dies auch gemacht nur vom Autoparkplatz zum Motorradparkplatz. Damit die Motorräder nicht umgestossen werden.

Stadtrat Daniel Muri: Er dankt für den Hinweis und informiert darüber, dass er diese an das Tiefbauamt weitergeleitet habe, damit eine pragmatische Lösung gefunden werden kann. Mit einem Absperrgitter kann verhindert werden, dass Velos bzw. Motorräder auf Gäste fallen und im Umkehrschluss fallen die Gäste auch nicht auf die Fahrräder.

10. Frage / Daniel Jurt (SVP) – Recycling im öffentlichen Raum in Liestal

Im öffentlichen Raum hat es viele Abfallkübel. Mangels Sammelboxen werden dort auch PET- und Plastikflaschen und Aludosen entsorgt und gelangen so in den Verbrennungsofen.

Frage: Wäre es möglich, neben den Abfallkübeln auch an gewissen Orten in Liestal Sammelbehälter für PET- und Plastikflaschen sowie Aludosen aufzustellen?

Stadträtin Marie-Theres Beele: Diese Idee schon bereits vom Bereich Tiefbau vor Jahren verfolgt worden, indem man beim Wasserturmplatz Behälter für Pet-Flaschen und Aludosen aufgestellt hatte. In den Behältern ist dann aber allerlei Abfall gelandet. Schlussendlich war ein Recycling aufgrund solcher Verschmutzung nicht möglich.

310 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Mobiles Grün – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mobiles Grün für Liestal» von Sibylle Schenker und Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion (Nr. 2023-165)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Vreni Baumgartner (GL) ist als Postulantin erfreut über die rasche Beantwortung durch den Stadtrat, ist aber über die Antwort enttäuscht. Sie lobt die Absicht, einen Mikropark schaffen zu wollen und stellt fest, dass nun die Hotspots bekannt sind. Der Abschreibung ihres Vorstosses kann sie zustimmen, auch wenn sie nicht ganz zufrieden mit den stadträtlichen Antworten ist.

Sybill Schenker (GL) möchte als Mitpostulantin keine Ergänzungen mehr anbringen.

Yves Jenni (GLP/EVP/Die Mitte) dankt als GLP/EVP/Die Mitte-Fraktionssprecher dem Stadtrat für Postulatsbeantwortung. Die angehängte Studie zeigt sehr detailliert mögliche Massnahmen zur Bekämpfung des Hitzestress auf. Mobiles Grün kann dabei eine Lösung sein, wünschenswert ist jedoch in Zukunft auch eine konstante Begrünung mit Bäumen bei Neubauten von Strassen oder mehrheitlich versiegelten Bauten. Dies wäre laut Studie der effektivste Weg. Ob Blumenschmuck an unseren Bänken gross nützen wird, sei dahingestellt. Gerade auf dem Fischmarkt wäre es schön, wenn nicht nur Blech, sondern auch Grün ins Auge fallen würde. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Werner Fischer (FDP) äussert als FDP-Fraktionssprecher, dass mobiles Grün wohl eher dekorativen Zwecken dient, anstatt massgeblich zur Kühlung beizutragen. Der Kosten- und Nutzeneffekt sollte doch berücksichtigt werden. Der Aufwand für die Pflege und Bewässerung ist hoch. In einem trockenen Sommer darf die Einwohnerschaft nicht giessen und wässern, doch die Stadt selber wässert täglich die Kübel des mobilen Grüns, was zu einer Diskrepanz führt. Das Pflanzen von Einzelbäumen ist zu bevorzugen, denn diese kühlen die Stadt massgeblich, denn ein grosser Baum verdunstet rund 400 Liter Wasser pro Tag. Die Dekoration der Bänke würde das Stadtbild aufwerten und Grün beruhigt schliesslich. Seine Fraktion unterstützt die Anträge und ist erfreut, dass eine Umsetzung im Rahmen des Budget möglich ist.

Markus Hügin (SVP) erklärt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man den Anträgen zustimmen wird. Betreffend möglichen Bäumen beim Restaurant Törli wird eine Umsetzung wohl kaum möglich sein. Die Gartenwirtschaft muss jedes Jahr neu aufgestellt und abgebaut werden.

Florian Abt (SP) dankt als SP-Fraktionssprecher für den umfassenden Bericht. Es wäre schade, wenn die Bänke mit grossen Töpfen versehen würden, da diese von den Kindern zum spielen benutzt werden. Der Abschreibung des Vorstosses wird man zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) äussert den Wunsch, dass die Bänke in der Rathausstrasse so belassen werden, damit Kinder diese weiterhin als Spielgeräte benutzen können.

Peter Küng (SP) bringt zum Ausdruck, dass der Bericht zwar viele positive Aspekte aufzeigt, aber die aktuelle Wirkung eher negativ ist. Er ruft dazu auf, sich an Beispielen zu orientieren, wie zum Beispiel in Oerlikon mit der vertikalen Begrünung oder der Betonwüste in der Europaallee in Zürich. Er betont, dass Liestal nichts Neues erfinden muss, da bereits gute Ideen vorhanden sind.

Lukas Flüeler (GL) äussert, dass es weiterhin zu wenig Grün gibt. Es wird bedauert, dass kein Pilotprojekt gestartet wurde, um mobiles Grün zu realisieren. Das Ziel bleibt, mehr Grün in die Erde zu pflanzen und nicht nur Lösungen mit Töpfen umzusetzen. Das Thema wird weiterhin im Blick behalten.

Werner Fischer (FDP) teilt mit, dass sich der erwähnte Park in Oerlikon ideal für eine vertikale Begrünung eignete, doch dies dürfte in Liestal wegen Denkmalschutz-Einwänden möglicherweise schwieriger sein. Er verweist auf die Begrünungen im Zusammenhang mit dem Quartierplan «Am Orisbach» und Stadtpark-Projekt, welche an der Urne vom letzten Sonntag genehmigt wurden. Diese sind ein Schritt in die richtige Richtung mit einem zukunftssträchtigen Park und Bäumen, die tatsächlich eine Verdunstung und Kühlung ermöglichen. Schattenspenden sind auch immer ein wichtiger Beitrag zur Kühlung der Stadt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler unterstreicht die Bedeutung von Pflanzen im Boden im Gegensatz zu Töpfen und betont dies als Hintergrund für den Stadtratsbericht. Bei den einzelnen Quartierplänen lag ein Fokus auf verdichtetes Bauen, wobei die Bedeutung der Begrünung immer wichtiger wurde. Ein weiterer Aspekt, den sie anspricht, ist die Schaffung von nicht transportierbaren Grünflächen. Sie macht zudem auf die Neugestaltung der Rheinstrasse aufmerksam, die als erweiterten Grünraum betrachtet wird und ebenfalls klimatische Funktionen erfüllen soll.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Beantwortung zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2023-165a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2023-165 wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschlossen.

311 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Solarstrompotenzial – Postulat «Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen» von Anita Baumgartner namens der Grünen Fraktion (Nr. 2023-192)

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen wird.

Anita Baumgartner (GL) führt als Postulantin aus, dass das Potenzial der Stadt Liestal im Bereich Solarausbau überprüft werden soll, um das schweizweite Ziel zu unterstützen. Bei welchen öffentlichen Gebäuden ist in den nächsten 5 Jahren etwas geplant? Ferner soll geklärt werden, welche Gebäude geeignet wären und welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind.

Thomas Eugster (FDP) hält Sprecher der FDP-Fraktion fest, dass seine Fraktion den Ausbau erneuerbarer Energien befürwortet. Er erwähnt, dass Liestal bis jetzt nicht untätig war, denn bei Schulhausbauten wurden Photovoltaikanlagen bereits als Bestandteil des Bauumfangs berücksichtigt. Bei anderen Liegenschaften muss jedoch zuallererst das Dach saniert werden. Zusätzlich soll geprüft werden, ob es sinnvoll ist, dass Dachanlagen vermietet werden sollen, anstatt diese selbst zu nutzen. Bei diesen Abklärungen sind jedoch die Auswirkungen auf die Klimabilanz zu berücksichtigen. Laut der aktuellen Stromkennzeichnung der EBL ist der Solarstrom das CO₂-intensivste Produkt im Portfolio. Die Postulatüberweisung an den Stadtrat wird unterstützt.

Lorenz Holinger (SVP) ist als SVP-Fraktionssprecher doch erstaunt, dass der Stadtrat den Vorstoss übernehmen möchte. Er stellt fest, dass die Stadt Liestal in einer letzten Medienmitteilung das Ziel der «Netto Null» formuliert wurde und so ist es eigentlich selbstverständlich, dass das Thema bereits bearbeitet wird. Die SVP-Fraktion spricht sich daher gegen die Überweisung des Postulats aus, befürwortet jedoch dessen Inhalt.

Yves Jenni (GLP/EVP/Die Mitte) informiert als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass man die Postulatsüberweisung ebenfalls unterstützt. Obwohl die Stadt bereits vorbildhaft unterwegs ist, wäre der Ausbau von Photovoltaikanlagen sicher wünschenswert.

Patrick Mägli (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass man das Postulat begrüsst und die Überweisung desselben an den Stadtrat unterstützt. Er betont, dass das Potenzial der öffentlichen Gebäude im Hinblick auf erneuerbare Energien geprüft werden soll.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) weist darauf hin, dass die Kernzonen miteinbezogen werden sollten.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass PV-Anlagen in Kernzonen möglich sind, sofern diese von unten nicht eingesehen werden können. Es besteht auch die Möglichkeit von vertikalen PV-Anlagen. Er verweist zudem darauf, dass auch beim Quartierplan «Florhof» diesbezüglich Fortschritte gemacht werden konnten..

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-192 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

312 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fenster für Ukraine – Interpellation «Fenster für Ukraine. Liestal unterstützt diese Initiative» von Simone Burkhardt der Grünen Fraktion (Nr. 2023-194)

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und beantwortet diese.

Antwort zu Frage 1: Die Stadt selbst besitzt leider keine geeignete Liegenschaft. Gemäss Homepage der Organisation muss sich nicht zwingend ein Lager in Basel befinden. Aktuell sind wir in Abklärung mit der Organisation betreffend den Konditionen. Es liegen noch nicht genügend Informationen vor, um Entscheidungen treffen zu können.

Antwort zu Frage 2: Grundsätzlich begrüsst der Stadtrat die Initiative und befürwortet eine diesbezügliche Hilfestellung.

Simone Burkhardt (GL) als Interpellantin bedankt sich für die Beantwortung und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Simone Burkhardt (GL) betont das Engagement des Vereins, einerseits wird die Nachhaltigkeit gelebt und andererseits wird Menschen in Kriegsnot geholfen. Eine Teilnahme an diesem Projekt würde ein starkes Zeichen setzen. Jeder Hausbesitzer hat die Möglichkeit, Fenster zu Sammelstellen zu bringen. Ebenso kann sich eine ganze Gemeinde oder Stadt an der Aktion beteiligen. Ein konkretes Beispiel wird genannt: In Pratteln steht demnächst der Abriss des Gemeindehauses an und etwa 130 Fenster werden zusammen mit den Rahmen herausgenommen und auf Paletten für den Transport in die Ukraine bereitgestellt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-194 durch den Stadtrat.

313 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Sicherheit Schulkinder auf Sichternstrasse – Postulat «Mehr Sicherheit für Schulkinder auf der Sichternstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion (Nr. 2023-195)

Stadträtin Marie-Theres Beeler erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Philipp Franke (GL) bedankt sich als Postulant beim Stadtrat für die Zusage. Es wird auf eine Situation mit Synergiepotenzial hingewiesen: Da der Bahnhof noch im Bau ist, kann mittlerweile erahnt werden, wie sich der Platz südlich der Unterführung gestalten könnte. Dieser Bereich ist als Begegnungszone genehmigt. Anschliessend an diesen Platz entsteht jedoch eine Situation, insbesondere für Fussgängerinnen und Fussgänger, bei der das Trottoir zu schmal ist. Das Ziel ist es, diese unbefriedigende Situation zu verbessern und eine sichere Lösung für alle Verkehrsteilnehmer zu schaffen, welche auch die Biodiversität berücksichtigt. Der Vorstoss ist bewusst offen formuliert. Als Maximalvariante wird gewünscht, die gesamte Sichternstrasse zu berücksichtigen, wobei sich die Dringlichkeit auf den unteren Teil konzentriert. Es wird darum gebeten, das Postulat zu unterstützen, damit Synergien aus dem Bau genutzt werden können.

Sibylle Schenker (GL) ergänzt als Mitpostulantin, dass die „Tiergartenstrassen-Schanze“ auch nicht förderlich für die Sicherheit im Quartier ist. Selbst nach der Fertigstellung des Parkhauses wird sich keine Verbesserung einstellen.

Michael Durrer (GL) als Mitverfasser des Postulates keine Ergänzungen anzubringen.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) betont als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass Vorbeugen besser als Heilen ist. Sie hat sich die Situation selbst in einem Augenschein angesehen und stimmt Aussagen bezüglich möglichen Gefahren für Schulkinder zu. Als Sofortmassnahme schlägt sie vor, dass die Sträucher zurückgeschnitten werden, da diese die Sicht behindern. Es soll von einer Entfernung des Trottoirs abgesehen werden. Ihre Fraktion unterstützt die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat.

Peter Bürgin (FDP) führt als Fraktionssprecher der FDP aus, dass die heikle Situation schon länger bekannt ist. Die Lösung dieses Problems soll mit der neuen Begegnungszone im gleichen Zug angegangen werden. Die FDP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulats.

Denise Meyer (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecherin aus, dass man gegen die Überweisung des Postulats ist, was damit begründet wird, dass bereits eine Tempolimit von 30 Km/h besteht. Es stattdessen an die Vernunft der Verkehrsteilnehmer appelliert. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass der im Postulat beschriebene Aufwand nicht unerheblich sein wird und die damit verbundenen hohen Kosten momentan nicht tragbar sind.

Séverine Salathe (SP) informiert als Fraktionssprecherin der SP, dass man das Postulat an den Stadtrat überweisen wird.

Stadträtin Marie-Theres Beeler erklärt, dass es unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit gibt. Der untere Teil ist aktuell aufgrund von SBB-Baustellen besonders gefährlich. Aus eigenen Erfahrungen scheint ihr eine Verbreiterung des Trottoirs nicht unbedingt die beste Lösung zu sein. Stattdessen sollten verschiedene Massnahmen sorgfältig evaluiert werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-195 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

314 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Wahlinformation – Postulat «Optimierte Wahl-Information für Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-196)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte.

Domenic Schneider (GLP) hält als Postulant fest, dass die Idee darin besteht, die Situation zu verbessern, ohne dass Verbote ausgesprochen werden müssen. Es sollen verschiedene Möglichkeiten sorgfältig evaluiert werden. In der vergangenen Woche fand in Binningen eine Diskussion mit dem Gemeinderat, dem Einwohnerrat und verschiedenen Parteien statt, bei der positiv über neue Informationen für die Stimmbevölkerung gesprochen wurde.

Michael Durrer (GL) informiert als Fraktionssprecher der Grünen Fraktion, dass man im Zusammenhang mit dem neuen Vorstoss hin- und hergerissen ist. Die Plakatflut ist sicher nicht ideal. Doch die aktuelle Praxis mit unterschiedlichen Fristen und Regelungen in den Gemeinden führt zu einer hohen hohen Ressourcenverschwendung. Grundsätzlich ist er somit nicht abgeneigt, etwas an der aktuellen Praxis zu ändern. Es wird jedoch vorgeschlagen, eine einheitliche Regelung für den gesamten Kanton zu prüfen, wofür der VBLG zuständig ist. Die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat wird nicht unterstützt.

Florian Sennhauser (FDP) meint als FDP-Fraktionssprecher, dass Wahl- und Abstimmungsplakate ein integraler Bestandteil der direkten Demokratie sind. Die hohe Anzahl von Plakaten zeigt, dass die Parteien dieses Mittel nicht missen möchten, da es kostengünstig und einfach ist. Falls die Stadt diese Aufgabe übernehmen würde, wäre die Unzufriedenheit der Parteien gewiss. Er betont, dass Plakate an zentralen Orten angebracht werden sollten. Die Fristen für das Aufhängen sind klar kommuniziert und es sollte diesen nachgekommen werden. Sollte eine Partei dies nicht tun, könnte die Stadt die Plakate kostenpflichtig entfernen und der Partei in Rechnung stellen. Er schlägt vor, dass die Parteivorstände über eine mögliche Gebietsaufteilung nachdenken und auf Plakate in einigen Strassenzügen verzichten. Dies würde zu deutlich weniger Fahrten führen. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung nicht unterstützen.

Jacques Heller (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass bei der Besprechung des Postulats in der Partei ein Schmunzeln nicht unterdrückt werden konnte. Dabei wurde spekuliert, welcher Kandidat bei den letzten Wahlen wohl am meisten präsent war. Viele haben dabei den Namen des Postulanten genannt. Die SP befürwortet weiterhin die Möglichkeit der Plakatierung, um im öffentlichen Raum präsent zu sein. Plakate werden als Zeichen lebendiger Demokratie betrachtet und gelten als kostengünstig. Grossmehrheitlich wird gegen die Überweisung des Postulats gestimmt.

Daniel Jurt (SVP) erklärt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man die Überweisung des Postulats ebenfalls nicht unterstützen wird und sich alle Parteien betreffend der Plakatflut selbst an den Nase nehmen sollen.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) möchte daran erinnern, dass die Parteivertreter von der aktuellen Plakatierung profitieren. Im Vergleich dazu würde ein Wirtschaftsverband gerne die gleiche Anzahl von Plakaten haben, was jedoch unrealistisch wäre. Bei den eigenen Plakaten wird dies jedoch anders priorisiert. Er verweist auf Binningen, wo es fast keine Wahlplakate gab und eine um 4 % höhere Wahlbeteiligung verzeichnet wurde. Der Nutzen der vielen Plakate wird als fragwürdig betrachtet. Es ist eine Regulierung notwendig.

Domenic Schneider (GLP/EVP/Die Mitte) gibt an, selbst 30 Plakate für die Nationalratswahlen produziert zu haben. Und wenn alle dasselbe tun würden, wäre die ganze Diskussion nicht nötig. Er weist darauf hin, dass bei den letzten Wahlen 160 Paletten mit Kunststoffplakaten aufgehängt wurden, was doch überdenkt werden sollte. Er plädiert nicht für ein Verbot, sondern für Verbesserungsmassnahmen. Er verweist darauf, dass beispielsweise in anderen Kantonen pro Pfosten auch nur ein Plakat aufgehängt werden darf.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erläutert, dass gemäss Postulant doch Reglementsanpassungen zu prüfen sind. Er hebt hervor, dass jede Guggenparty wild plakatieren kann, da dies im Zusammenhang mit der Kultur steht. Ebenso ist dies auf privatem Grundstück möglich. Eine Selbstregulierung betreffend unserer Demokratie sollte nicht stattfinden. Er weist darauf hin, dass bei einer möglichen Verteilung durch die Stadt der Unmut gross sei, da jede Partei der Meinung sein würde, ihr Plakat hänge am falschen Ort – ein Beispiel dafür ist Aesch. Gesetze könnten dann auch beispielsweise durch Boden-Sprayereien umgangen werden. Es ist wichtig, das Volk auf Wahlen aufmerksam machen zu können. Zudem lässt eine niedrige Wahlbeteiligung nicht direkt auf die Anzahl aufgehängter Plakate schliessen. Die Parteien sollen sich untereinander absprechen und es soll keine Regulation festgelegt werden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-196 wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) wünscht allen einen schönen Abend und weist auf den anschliessend stattfindenden Apéro im Dichter- und Stadtmuseum hin.

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Anja Weyeneth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann